



## ایران رپورت

### Iran-Report

10/15

Oktober 2015 - erscheint monatlich, elektronisches Abo! V.i.s.d.P. Annette Maennel

---

|              |    |
|--------------|----|
| Innenpolitik | 2  |
| Kultur       | 7  |
| Wirtschaft   | 9  |
| Außenpolitik | 14 |

---

Mit der Wahl Hassan Rohanis zum iranischen Präsidenten und dessen Amtsantritt am 3. August 2013 wurde in der iranischen Politik ein bedeutender Wandel eingeleitet. Besonders augenfällig ist dies im Kurswechsel der Atompolitik. Die Öffnung der iranischen Politik nach außen und die Ankündigung innenpolitischer Reformen werden im Land von den konservativen Kräften heftig bekämpft. Der Widerstand lässt Rohani und seiner Regierung wenig Spielraum.

Der Iran-Report wertet Nachrichten verschiedener Quellen aus. Auch um die von den Mächtigen in Iran verfügbaren Behinderungen und Einschränkungen der journalistischen Arbeit auszugleichen. Der Iran-Report produziert keine Schlagzeilen, sondern er erhellt die Meldungen, das Nichtgesagte dahinter.

Elektronisches Abonnement:

Wenn Sie den iran-report kostenfrei abonnieren wollen, tun Sie dies bitte unter <https://themen.boell.de>. Mit einer E-Mail an [info@boell.de](mailto:info@boell.de) können Sie sich aus dem Verteiler wieder austragen lassen.

---

#### IMPRESSUM

---

Autor: Bahman Nirumand  
Redaktion: Bauke Baumann  
V.i.S.d.P. : Annette Maennel  
14. Jahrgang

---

## INNENPOLITIK

---

Wahl des Parlaments und des Expertenrats / Streit über die Rolle des Wächterrats geht weiter / Rohani bei den Pasdaran / Forschungsabteilung des Parlaments warnt vor strengen Vorschriften / Bücher lesen statt Gefängnis / Mehr als 30 Wissenschaftler fordern Freilassung von Hedayat / Abgeordnete warnen vor Ring von Spionen in den Medien

---

### WAHL DES PARLAMENTS UND DES EXPERTENRATS

In fünf Monaten werden in Iran ein neues Parlament und ein neuer Expertenrat gewählt. Bereits jetzt wird tüchtig spekuliert, welches der beiden großen Lager den Sieg davon tragen wird, die Konservativen oder die Gemäßigten beziehungsweise die Reformer. Der Erfolg bei den Atomverhandlungen hat der von den Gemäßigten geführten Regierung und besonders dem Präsidenten Hassan Rohani eindeutig den Rücken gestärkt. Eine jüngst veröffentlichte Umfrage der Universität Maryland zeigt, dass 89 Prozent der Befragten in Iran das Atomabkommen unterstützen.

Doch dieser Popularität stehen mächtige Instanzen gegenüber, die von den Konservativen beherrscht werden, allen voran der Wächterrat, der für sich das Recht beansprucht, zu entscheiden, wer für einen Sitz im Parlament bzw. im Expertenrat geeignet ist. Der Rat hat vor Monaten erklärt, keinen Bewerber zu akzeptieren, der 2009 die Proteste gegen die Wiederwahl von Präsident Ahmadinedschad unterstützt bzw. sich nicht öffentlich davon distanziert hat. Das würde bedeuten, dass kaum ein Reformer die Chance haben würde, sich bei der Wahl im Februar um einen Sitz im Parlament oder im Expertenrat zu bewerben. Daher ist zwischen den Reformern und den Konservativen seit Wochen ein Streit über die Befugnisse des Wächterrats im Gange.

Rohani insistiert darauf, dass die Registrierung der Kandidaten sowie die Durchführung der Wahl zu den Aufgaben des Innenministeriums gehören und der Wächterrat nur die Aufgabe hat, die Wahlen zu beobachten. Die Konservativen, allen voran Revolutionsführer Ali Chamenei, beharren jedoch darauf, dass der Wächterrat wie bisher eine Vorauswahl der Kandidaten trifft. Gerade bei den nächsten Wahlen ist diese Frage zur Rolle des Wächterrats von enormer Bedeutung. Denn sollte es Rohani und seinen Anhängern nicht gelingen, die absolute Mehrheit im künftigen Parlament zu erringen, wären die Chancen für grundlegende Reformen, die eine Öffnung nach Innen und außen mit sich bringen könnten, gleich Null.

Ebenfalls wichtig ist die Zusammensetzung des Expertenrats. Dieser Rat, dessen Mitglieder für acht Jahre gewählt werden, hat beim möglichen Tod des Revolutionsführers über einen Nachfolger zu entscheiden. Chameneis hohes Alter und sein schlechter Gesundheitszustand, über den zahlreiche Gerüchte im Umlauf sind, legen nahe, dass er die nächsten acht Jahre nicht überleben wird. Die Person, die ihm nachfolgen wird, ist angesichts der nahezu unbeschränkten Machtbefugnisse des Revolutionsführers für die weitere Entwicklung der Islamischen Republik entscheidend.

Bei dem Streit, der inzwischen zu kaum überbrückbaren Fronten geführt hat, geht es um ideologische Grundsätze, die das gesamte Staatssystem betreffen. Während die Gemäßigten, vor allem die Reformer, sich auf die Wahlen und das Votum des Volkes stützen, das heißt die republikanische Seite der Islamischen Republik stärken wollen, halten die Konservativen an der Durchsetzung der religiösen Grundsätze fest. Es geht somit um den Widerspruch, der schon in der Bezeichnung des Staates, Islamische Republik, zum Ausdruck kommt und der seit der Revolution von 1979 den eigentlichen Kern der Auseinandersetzungen innerhalb des islamischen Lagers bildet. So betrachtet wird die Funktion des Wächterrats klar. Er ist das Vermittlungsorgan zwischen den beiden Fronten. Er akzeptiert zwar die Wahlen, garantiert aber durch seine Vorauswahl, dass

weder das Parlament noch der Expertenrat die religiösen Grundsätze aufweichen oder gar übergehen werden.

Indes forderte der ultrakonservative Geistliche, Mohammad Taghi Mesbah Yasdi, der zu den wichtigsten Unterstützern von Präsident Ahmadinedschad gehörte, die Konservativen auf, geschlossen aufzutreten. "Angesichts der zwei großen Wahlen, die bevorstehen, muss klar werden, welches Programm die Prinzipientreuen und die revolutionären Kräfte vorzuweisen haben und wie es um ihre Einheit und Geschlossenheit steht", sagte er der Nachrichtenagentur Tasnim am 19. September. "Wenn einer euch zur Geschlossenheit und Zusammenarbeit auffordert, müsst ihr wissen, dass er recht hat. Aber wenn manche sagen, wir werden die Entscheidungen treffen und ihr sollt uns folgen, dann müsst ihr wissen, dass eine Einheit niemals zustande kommen wird." Mesbah Yasdi und andere Konservative befürchten, dass es in ihren Reihen Spaltungen geben könnte, die dann zum Sieg der Reformer und Gemäßigten führen könnten.

### **STREIT ÜBER DIE ROLLE DES WÄCHTERRATS GEHT WEITER**

Der Streit über die Rolle des Wächterrats, insbesondere seine Funktion bei den Wahlen, setzt sich fort. Wie wir bereits im vergangenen Monat berichtet haben, hatte Präsident Rohani vor einer Versammlung von Provinzgouverneuren am 19. August erklärt: "Der Wächterrat hat die Aufgabe, die Wahlen zu beobachten, nicht sie durchzuführen. Der Rat ist das Auge, das nicht leisten kann, was die Hände leisten. Die beiden Aufgaben dürfen nicht miteinander vermischt werden. Das schreibt die Verfassung vor."

Gegen diese Äußerung gab es seitens der Konservativen heftige Proteste. Auch der Wächterrat, der ausschließlich von Ultrakonservativen besetzt ist, insistierte darauf, wie bei den vergangenen Parlaments- und Präsidentschaftswahlen sowie bei der Wahl des Expertenrates zu entscheiden, wer von den Bewerbern kandidieren dürfe. Mit anderen Worten, der Wächterrat beansprucht für sich die erste Vorauswahl, danach darf das Volk über die eigenen Vertreter abstimmen.

Nun meldete sich auch der Vorsitzende des Expertenrats, Mohammad Yasdi, zu Wort. Der Expertenrat, der gemeinsam mit dem Parlament im Februar nächsten Jahres gewählt werden soll, besteht ausschließlich aus Geistlichen, deren Aufgabe darin besteht, die Handlungen des Revolutionsführers zu überwachen, was in der Praxis nie geschieht. Ferner ist er das einzige Gremium, das den Revolutionsführer absetzen bzw. einen Neuen wählen kann.

Nun sagte Yasdi auf einer Sitzung des Expertenrats am 1. September, bei der auch Rohani anwesend war, der Wächterrat sei nicht dazu da, um "zuzuschauen", er sei für den ganzen Vorgang, von der Anmeldung der Bewerber bis zur Ankündigung des Wahlergebnisses, verantwortlich.

Zu der Ankündigung der Regierung, die nächsten Wahlen elektronisch durchführen zu wollen, sagte Yasdi, die Regierung wolle die Wahlen elektronisch durchführen, obwohl sie die dafür erforderliche Software und Hardware erst aus China und Korea kaufen müsse. "Wir sagen, dass wir solchen Geräten nicht trauen. Solange der Wächterrat dem neuen Verfahren nicht zugestimmt hat, kann die Regierung die Wahlen nicht elektronisch durchführen."

Dazu sagte Regierungssprecher Mohammad Bagher Nobacht am 8. September: "Selbstverständlich haben wir Achtung vor den Ansichten von Ayatollah Yasdi, doch diese Ansicht ist nicht offiziell der Regierung mitgeteilt worden. Jedenfalls ist die Regierung verpflichtet, nach den Gesetzen zu handeln. Die Regierung führt die Wahlen durch und der Wächterrat beobachtet die Wahlen."

Eine Woche nach der Stellungnahme Yasdis mischte sich auch Revolutionsführer Ali Chamenei in die Debatte ein. Der Wächterrat sei das "sehende Auge der Islamischen Republik", sagte er. Es gäbe überall auf der Welt eine solche Instanz, die in verschiedenen Ländern verschiedene Namen trage. Die Kontrolle der Wahlen durch den Wächterrat sei wichtig, sie gehöre zu den Rechten des Volkes und müsse unbedingt aufrecht erhalten bleiben. Der Wächterrat überwache die Wahlen und verhindere den Zugang von Personen zum Parlament, die für die Aufgaben eines Abgeordneten ungeeignet seien. "Das ist sein Recht, seine Pflicht, das ist logisch und vernünftig", fügte Chamenei hinzu. Es sei "ein großer Verdienst des Wächterrats, dass er Fehler und Irrwege verhindert".

Chamenei verteidigte die "gesunden" Wahlen in der Islamischen Republik und sagte, "obwohl die Wahlen in Iran, gemessen an internationalen Maßstäben, zu den gesündesten und besten in der Welt zählen, gibt es bedauerlicherweise einige, die Verwirrung stiften und sogar vor den Wahlen von Manipulationen sprechen". Er fügte hinzu, genauso wie er 2009 das Recht des Volkes verteidigt und eine Wiederholung der Wahlen verhindert habe, werde er auch in Zukunft das Votum des Volkes akzeptieren.

2009 warfen Millionen Menschen dem Regime vor, die Wahlen manipuliert zu haben. Die Proteste, die monatelang andauerten, wurden brutal niedergeschlagen.

## ROHANI BEI DEN PASDARAN

Bei einer Rede vor einer Versammlung der Pasdaran (Revolutionsgarden) sagte Präsident Hassan Rohani am 15. September: "Unsere Feinde sind nicht allein die Zionisten, die USA und die Terroristen, auch der Wassermangel, die Arbeitslosigkeit, die Stagnation der Wirtschaft und das Schwächeln der Moral und des Glaubens gehören zu unseren Feinden. Sie sind gefährlich und wir müssen sie in den Griff bekommen." Nach dem erfolgreichen Ende des Atomkonflikts brauche Iran "einen großen Sprung". "Auch Drogensucht und Scheidungen bedrohen die Souveränität des Landes", sagte der Präsident weiter. Die Regierung brauche die Unterstützung aller Kräfte, insbesondere die der Streitkräfte. Er forderte die Pasdaran auf, gemäß der Verfassung zu handeln und in Zeiten des Friedens der Regierung beim Aufbau und der Entwicklung des Landes zu helfen.

Es sei richtig, dass die Pasdaran als "Wächter der islamischen Revolution und deren Errungenschaften" bezeichnet würden, aber laut Verfassung hätten auch andere Instanzen wie das Parlament, der Nationale Sicherheitsrat und die regulären Streitkräfte dieselbe Verpflichtung. "Wenn wir wollen, dass alle Instanzen ihre Pflichten erfüllen, an deren oberster Stelle der Schutz der islamischen Revolution steht, dann dürfen wir nicht vergessen, dass dies nur möglich ist, wenn alle Kräfte an einem Strang ziehen, zusammenarbeiten und keine Instanz für sich Privilegien beansprucht", betonte Rohani.

Offenbar wollte Rohani mit seinen Äußerungen auf ein umstrittenes Thema hinweisen, über das immer wieder diskutiert wird, nämlich die Rolle der Pasdaran in der Islamischen Republik. Die Pasdaran, deren richtige Bezeichnung "Wächter der islamischen Revolution" ist, wurden neben der regulären Armee als eine Art militärischer Arm des neugegründeten islamischen Staats von Ayatollah Chomeini gegründet, denn er traute den aus der Schah-Zeit übernommenen Streitkräften nicht. Die Pasdaran gewannen vor allem während des achtjährigen Iran-Irak-Kriegs (1980-1988) an Bedeutung. Während der achtjährigen Regierungszeit von Präsident Ahmadinedschad erlebten sie einen enormen Machtzuwachs, nicht nur militärisch, sondern auch politisch und vor allem wirtschaftlich. Man sprach von einem Staat im Staate. Rohani hat zwar mehrmals die Pasdaran aufgefordert, die Pläne der Regierung zu unterstützen, aber auch versucht, in ihre Schranken zu weisen.

Einen Tag nach Rohanis Äußerungen sprach Revolutionsführer Chamenei vor Kommandeuren der Pasdaran. Dabei warnte er vor Gefahren, die den Islamischen Staat

bedrohten. Es werde gesagt, dass Iran in zehn Jahren ein anderes Land sein werde, sagte er. "Wir dürfen es nicht zulassen, dass diese teuflische Hoffnung sich bei unseren Feinden festigt. Wenn wir wachsam bleiben, werden unsere Feinde die Hoffnung auf ein anderes Iran verlieren. Wir müssen die Fundamente der Revolution und unser revolutionäres Denken weiter stärken." Genau dies sei die Aufgabe der Kommandanten der Pasdaran und der Intelligenz des Landes, fuhr Chamenei fort. "Stärkt die geistigen Strukturen, stärkt den Glauben, stärkt eure Aktivitäten, achtet nicht auf mögliche Nörgeleien."

Chamenei betonte, wie wichtig es sei, die richtige revolutionäre Linie zu verfolgen, in der Wirtschaft, in der Politik und der Kultur. "Lasst euch nicht auf Abwege führen, die die Würde der Pasdaran beeinträchtigen könnten." Chamenei bezeichnete die Revolution als einen permanenten Prozess und sagte, es gäbe Leute, die meinten, die Revolution sei zu Ende und die Islamische Republik müsse sich endlich als ein normaler Staat etablieren. "Das wird niemals geschehen", sagte er. "Die Islamische Republik ist ein Symbol der Revolution und wird für immer und ewig den revolutionären Zustand beibehalten."

"Die Feinde versuchen, durch kulturellen Einfluss die Grundwerte unserer Gesellschaft zu verwandeln, sich in unsere Kultur einzumischen und Verwirrung zu stiften" sagte Chamenei. "Sie versuchen, in Entscheidungszentren einzudringen und, wenn dies nicht gelingt, die Ausführenden der Entscheidungen zu beeinflussen. (...) Wenn aber ein Staat politisch unter ihrem Einfluss steht, wird er sich in die Richtung bewegen und entwickeln, die den Ausbeutern und Unterdrückern genehm ist."

Der wirtschaftliche und sicherheitspolitische Einfluss sei im Vergleich zum kulturellen und politischen Einfluss von geringerer Bedeutung, sagte Chamenei weiter. Allerdings seien die Pasdaran durchaus in der Lage, den sicherheitspolitischen Einfluss abzuwehren. "Nun müssen die Verantwortlichen für die Wirtschaft wachsam sein, um einen Einfluss von außen zu verhindern."

### **FORSCHUNGSABTEILUNG DES PARLAMENTS WARNT VOR STRENGEN VORSCHRIFTEN**

Die Forschungsabteilung des Parlaments warnte vor einer Gesetzesvorlage, die harte Strafmaßnahmen bei Missachtung von moralischen Vorschriften vorsieht. In der Vorlage, die in erster Lesung von den Abgeordneten verabschiedet wurde, werden drastische Strafen bei Missachtung der Kleidungsvorschriften, Nichteinhaltung der Fastenzeit und der Nutzung von Parabolantennen festgelegt. In der Vorlage werden Arbeitgeber verpflichtet, dafür zu sorgen, dass Arbeitsplätze von Männern von denen der Frauen getrennt werden.

Die Forschungsabteilung warnt, die Umsetzung der Vorlage würde zu einer Spaltung der Gesellschaft führen und möglicherweise einen massiven Widerstand der Bevölkerung zur Folge haben. Das Scheitern der Vorschriften begründet die Forschungsabteilung mit dem Unwillen der Mehrheit gegen solche Maßnahmen. Die Verpflichtung von Arbeitgebern zur Trennung von Männern und Frauen am Arbeitsplatz könne negative Folgen haben. Denn wenn ein Unternehmer nicht über genügend Platz verfüge, werde er die Frauen entlassen und dafür Männer einstellen.

### **BÜCHER LESEN STATT GEFÄNGNIS**

Ein Richter in der Stadt Gonbad Kabus hatte einen originellen Einfall. Statt zu Gefängnis verurteilt er die Gefangenen mit nicht allzu schweren Straftaten zum Bücherkaufen und Bücherlesen.

Richter Ghassem Taghisadeh sagte am 5. September der Agentur Irna, die Bücher, zu deren Kauf die Angeklagten verurteilt würden, kämen am Ende in die Gefängnisbibliothek.

Je nach Bildungsstand der Angeklagten würden diese zum Kauf von leichten oder schweren Büchern verurteilt. Der Angeklagte müsse fünf Bücher kaufen, diese bis zum nächsten Prozesstermin gelesen haben und im Gericht deren Inhalt wiedergeben.

Gemäß einer Änderung des Strafgesetzbuchs von 2013 bleibt es den Richtern überlassen, Straftäter mit anderen Maßnahmen als Gefängnis zu verurteilen, zum Beispiel mit Sozialdiensten oder Diensten für die Umwelt.

Die Lektüre von Büchern bringe auch Gefangene auf andere Gedanken, sagte Taghisadeh. Die Folge sei mehr Bildung und weniger Streit unter den Gefangenen. Zu der Idee, Straftäter nicht mit Gefängnis zu bestrafen, sagte er, die Haft habe schwere psychische und auch finanzielle Folgen sowohl für den Gefangenen als auch für dessen Angehörige. Zudem sei die Wiedereinführung eines Häftlings in die Gesellschaft problematisch. Außerdem müsse der Staat nicht die Kosten für den Gefängnisaufenthalt tragen, wenn ein Straftäter seine Strafe außerhalb des Gefängnisses verbüße.

Indes gab der Teheraner Bürgermeister Bagher Ghalibaf am 6. September laut dem Nachrichtenportal Entekhab bekannt, dass das berühmt-berüchtigte Eviner Gefängnis in Teheran, in dem Abertausende Gefangene gefoltert und hingerichtet wurden, in einen Park umgebaut werden soll. Es seien Verhandlungen mit der Justiz im Gange. Die Gefangenen, die sich zurzeit in dem überfüllten Gefängnis befinden, sollen an einem anderen Ort, außerhalb der Hauptstadt, untergebracht werden. Die neue Anstalt soll modern und nach internationalen Maßstäben eingerichtet sein.

Das Vorhaben hat, wie manche Kommentatoren meinen, keinen humanistischen Hintergrund. Das Eviner Gefängnis befindet sich im Norden von Teheran, einer Gegend, in der Grundstücke teuer gehandelt werden. Die Stadt erhofft sich von der Maßnahme, das Gelände billig kaufen und es in eine Touristenattraktion verwandeln zu können.

### **MEHR ALS 30 WISSENSCHAFTLER FORDERN FREILASSUNG VON HEDAYAT**

Mehr als 30 international bekannt Wissenschaftler, darunter Noam Chomsky und Ervand Abrahamian, haben am 16. Dezember in einem offenen Brief an Präsident Hassan Rohani und Justizchef Sadegh Laridschani die sofortige Freilassung von Bahareh Hedayat gefordert. Die Autoren vergleichen die Lage der Studentin und Frauenrechtsaktivistin mit der Lage, die Franz Kafka in seinen Romanen und Erzählungen schildert. Hedayat ist 34 Jahre alt. Vor ihrer Verhaftung war sie Vorstandsmitglied und Sprecherin der studentischen Organisation "Tahkim Wahdat". Sie befindet sich zurzeit im Frauengefängnis in Evin, im Norden von Teheran.

Hedayat wurde vor sechs Jahren in Haft genommen und zu zwei Jahren Gefängnis wegen Beleidigung des Revolutionsführers, sechs Monaten wegen Beleidigung des damaligen Präsidenten und fünf Jahren wegen Aktivitäten gegen die nationale Sicherheit verurteilt. Bereits zuvor war sie wegen der Organisation einer Protestdemonstration von Frauen zu zwei Jahren Gefängnis mit Bewährung verurteilt worden. Im April dieses Jahres endete ihre Strafzeit, doch sie durfte das Gefängnis nicht verlassen. In einem Brief an ihren Mann, Amin Ahmadian, schrieb sie, man habe ihr zunächst die schriftliche Anordnung ihrer Freilassung ausgehändigt, aber dann entschied der Richter, dass sie das vor neun Jahren gefällte Urteil von zwei Jahren Gefängnis mit Bewährung nachholen solle.

### **ABGEORDNETE WARNEN VOR RING VON SPIONEN IN DEN MEDIEN**

12 Abgeordnete im islamischen Parlament warnten in einem Schreiben an den Minister für Kultur und Information vor "einer mehrere hundert Mitglieder zählenden, zerstörerischen Bande" in den iranischen Medien. Es handele sich um einen Ring, der mit ausländischen

Geheimdiensten, darunter jenen aus Norwegen, den Niederlanden und Großbritannien in Verbindung stehe. Dazwischen fungierten iranische Exilanten im Ausland als Brücke, behaupten die Abgeordneten der Agentur Fars zufolge.

"Eine Kette von Zeitungen und Internetdiensten würde von Großbritannien aus geleitet", hieß es in dem Schreiben. Die Autoren, die zu den entschiedenen Gegnern der Regierung zählen, fordern das Informationsministerium auf, "diese Feinde der Revolution", in die Schranken zu weisen und sie der Justiz zu übergeben.

---

## KULTUR

---

Mitglieder des Obersten Internetrats ernannt / Wochenzeitung 9. Day zum vierten Mal verboten / Panahi malt Bild zum Gedenken an ertrunkenen syrischen Jungen

---

### MITGLIEDER DES OBERSTEN INTERNETRATS ERNANNT

Revolutionsführer Ali Chamenei ernannte am 6. September laut iranischen Medien die Mitglieder des Obersten Internetrats und bestimmte dessen Aufgaben. Der Oberste Internetrat wurde vor vier Jahren ins Leben gerufen. Medienberichten zufolge hatte der nun abgewählte Rat selten getagt und keine nennenswerten Entscheidungen getroffen, was bei Konservativen Unmut auslöste.

In dem Ernennungsschreiben Chameneis heißt es, der Rat sei verpflichtet als eine Zentrale für alle Vorgänge im Internet, das sich rasch entwickelnde Medium wachsam und machtvoll zu kontrollieren, die Chancen wahrzunehmen und seine Kapazitäten zu nutzen und zugleich dessen Gefahren abzuwehren. Mit dem neu gewählten Rat sollen alle Gremien, die bislang für diesen Bereich zuständig waren, aufgelöst und ihre Aufgaben auf den neuen Rat übertragen werden.

Ziel des Internetrats sei es, Werte und Lebensweisen des islamischen Glaubens zu verbreiten und schädliche kulturelle und gesellschaftliche Einflüsse abzuwehren.

Führende Politiker und Geistliche warnen immer wieder vor Gefahren des Internets, die die Werte des islamischen Glaubens in Frage stellen könnten. Auch Kulturminister Ali Dschannati sagte kürzlich, Iran sei mit großen kulturellen und gesellschaftlichen Herausforderungen konfrontiert. "Wir leben in einer Welt, in der sich die Möglichkeiten der Kommunikation rasch ausbreiten. Die Entwicklung der Technologie, der Satellitenkommunikation, der sozialen Netzwerke sowie die Zunahme der Auslandsreisen stellen uns vor kulturellen, politischen und sozialen Herausforderungen."

Schon seit Jahren gibt es in Iran Versuche, vor allem in Zeiten, in denen der Ausbruch sozialer Unruhen befürchtet wird, Maßnahmen zu treffen, um die Möglichkeiten der Kommunikation einzuschränken. So wird z.B. die Geschwindigkeit des Internets wird verringert und soziale Netzwerke und Internetseiten werden gefiltert. Aus der Sicht der Staatsführung der Islamischen Republik ist das Internet ein wichtiger Schauplatz, auf dem ein "samtener Krieg" gegen die islamische Staatsordnung geführt wird. Bereits 2010 wurde die "Internetpolizei" gegründet. Sie soll "Straftaten im Internet verfolgen", "Staatsgeheimnisse schützen" und Straftäter der Justiz übergeben. Zudem besteht schon seit einigen Jahren der Plan zur Gründung eines nationalen Internets.

Im Dezember 2014 erklärte Kommunikationsminister Mahmud Waesi, jeder Internetnutzer müsse sich bei der zuständigen Behörde registrieren lassen, damit niemand mehr das Internet benutzen könne, dessen Identität den Behörden nicht bekannt sei. Es sei genauso wie bei den Nutzern des Telefons. Jeder Teilnehmer habe eine bestimmte Nummer und sei der zuständigen Behörde bekannt. "Wir haben keineswegs die Absicht, in das

Privatleben der Bürger einzudringen. Uns geht es allein darum, Betrügern das Handwerk zu legen und eine unerlaubte Nutzung des Internets zu unterbinden", sagte der Minister.

Die Organisation "Reporter ohne Grenzen" kritisierte am 10. September in Berlin den wachsenden Druck auf Internetnutzer in Iran. Geschäftsführer Christian Mihr sagte wohl an die Regierungen der EU gerichtet: "Die Einigung im Atomstreit darf nicht darüber hinwegtäuschen, dass Iran unabhängige Journalisten und Blogger nach wie vor unnachgiebig verfolgt." Die Internetzensur werde kontinuierlich ausgeweitet, Anwendungen für Endgeräte würden immer schärfer kontrolliert. Offenbar solle das Internet vollständig unter die Kontrolle des Staates gebracht werden. Mihr verwies auch auf die neuesten Anordnungen Chameneis, die zur weiteren Verschärfung der Internetkontrolle führen sollen.

### **WOCHENZEITUNG 9. DAY ZUM VIERTEN MAL VERBOTEN**

Die ultrakonservative Zeitung, 9. Day, die kürzlich bereits zum vierten Mal verboten wurde, werde bald wieder erscheinen, gab der Abgeordnete Hamid Rasai am 16. September auf Instagram bekannt. Rasai gehört zu den schärfsten Kritikern der Regierung Rohani, er ist außerdem der verantwortliche Herausgeber der Zeitung 9. Day.

Die Zeitung wurde verboten nachdem sie das Atomabkommen kritisiert und behauptet hatte, die iranische Verhandlungsdelegation habe zu viele Zugeständnisse gemacht und die festgesetzten roten Linien weit überschritten. Zehn Tage bevor sie verboten wurde, hatte das Kulturministerium, das auch für die Angelegenheiten der Presse verantwortlich ist, die Medien aufgefordert, den Beschluss des Nationalen Sicherheitsrats zu befolgen, "Kommentare, die den Erfolg der Atomverhandlungen in Frage stellen oder Kontroversen innerhalb der Staatsführung suggerieren", zu unterlassen.

Die häufigen Verbote und Freigaben von Zeitungen innerhalb kurzer Zeit sind darauf zurückzuführen, dass zwei verschiedene Instanzen über Verbot und Freigabe entscheiden. Das Verbot wird vom Kulturministerium angeordnet, das von den Gemäßigten geleitet wird, während die Freigaben in der Regel von der Justiz erwirkt werden, die sich in der Hand der Konservativen befindet.

### **PANAHI MALT BILD ZUM GEDENKEN AN ERTRUNKENEN SYRISCHEN JUNGEN**

Der bekannte Filmemacher Dschafar Panahi hat aus Anlass der Flüchtlingskrise und zum Gedenken an den ertrunkenen syrischen Jungen, dessen Leiche einsam am türkischen Strand gefunden wurde, ein Bild gemalt. "Der Schock über das Foto des am Strand tot liegenden Jungen sitzt noch tief in mir", sagte Panahi am 17. September bei der Präsentation des Gemäldes. "Ich dachte, das Foto werde das Gewissen der Menschen wachrütteln, was aber nicht geschah." Er habe über den Fall mit iranischen Kindern gesprochen, sie nach ihrer Meinung gefragt, sagte er. Sie hätten in ihrer kindlichen Naivität eine einfache Lösung vorgeschlagen: "Warum schickt niemand den Flüchtlingen ein Boot", fragten sie. "Wie einfach und bedenkenlos ist der Lösungsvorschlag der Kinder, dachte ich."

Das Bild von Panahi zeigt mehrere Reihen von Kindern am Strand, die mit beiden Händen aus Papier gebastelte Boote hochhalten. Die Kinder sind genauso angezogen wie der syrische Junge. Sie versuchen das Leben der Kinder, die auf der Flucht sind, zu retten.

Das Foto des dreijährigen Aylan, dessen Mutter und fünfjähriger Bruder ebenfalls ertranken, löste weltweit Entsetzen aus.

"Es vergingen Tage und die Lage der Flüchtlinge wurde nicht besser. Sie wurde sogar schlechter, nachdem Rumänien und Serbien ihre Grenzen geschlossen haben", sagte Panahi. So versuchte ich, ein Bild von Kindern mit der von ihnen vorgeschlagenen Lösung zu malen.

Panahi wurde im vergangenen Jahr bei der Berlinale für seinen Film "Taxi" mit dem Goldenen Bären ausgezeichnet. Er wurde wegen der Unterstützung der Proteste gegen die Wiederwahl von Präsident Ahmadinedschad 2009 zweimal in Haft genommen. Schließlich wurde er wegen Propaganda gegen die Staatsordnung der Islamischen Republik zu sechs Jahren Gefängnis verurteilt. Zudem wurde ihm untersagt, in den nächsten 20 Jahren Filme zu produzieren und Drehbücher zu schreiben. Er darf auch das Land nicht verlassen und weder ausländischen noch inländischen und Medien Interviews geben. Es scheint jedoch, dass er alle diese Einschränkungen ignoriert.

---

## WIRTSCHAFT

---

Atomabkommen / Internationale Atomenergiebehörde erhält Zugang zu Parchin / Entscheidung zu Atomabkommen in Iran steht weiterhin aus / Bekenntnis gegen Atomtests gefordert / Neue Uranvorkommen entdeckt / Russland kritisiert IAEA wegen Preisgabe von Geheimdokumenten / Rohani: Niedriger Ölpreis richte sich gegen Iran und Russland / 150-köpfige Wirtschaftsdelegation aus Frankreich in Teheran / China plant sich verstärkt in Iran zu engagieren

---

## ATOMABKOMMEN

Am 1. September erklärte das Büro des Revolutionsführers Ali Chamenei, die Positionen des Revolutionsführers zum Atomabkommen seien aus seinen Reden zu entnehmen. Davon abweichende Berichte in der Presse seien ungültig. Die Stellungnahme schien notwendig, weil in den Wochen und Tagen zuvor unterschiedliche, sich widersprechende indirekte Zitate auftauchten, die alle dem Revolutionsführer zugeschrieben wurden. Das war möglich, da Chamenei sich bislang nicht eindeutig zu dem Abkommen geäußert hat. Er lobte zwar die iranischen Verhandlungsführer, aber ob er letztendlich dem Abkommen zustimmen würde oder nicht, ließ er offen. Es liege nicht an ihm, wie über das Abkommen entschieden werden, sagte Chamenei. Darüber habe das iranische Volk zu entscheiden. Auch bei dieser Aussage war nicht klar, ob er damit das Parlament meinte. Die Regierung vertritt die Ansicht, dass eine Entscheidung des Parlaments über das Abkommen nicht nötig sei, es genüge, wenn der Nationale Sicherheitsrat sein Votum abgebe. Demgegenüber halten einige konservative Abgeordnete und auch Geistliche und nicht zuletzt der Wächterrath eine Entscheidung des Parlaments für unbedingt erforderlich.

Am gleichen Tag erklärte Außenminister Mohammad Dschawad Sarif, das Atomabkommen biete die Chance, das vorhandene Misstrauen der Iraner gegenüber den USA abzubauen. "Unsere Verhandlungen mit den USA drehten sich um einen Konflikt, der aus unserer Sicht unnötig war", sagte er bei einem Besuch in Tunis. Die Beilegung des Atomkonflikts sei ein Sieg für die gesamte Region und für die islamische Welt. Das Abkommen bedrohe keinen Staat.

Indes ging der Streit um das Abkommen in den USA zwischen den Republikanern und den Demokraten verschärft weiter. Auch die Bewerber um das Präsidentenamt schalteten sich in die Debatte ein. Senator Ted Cruz von den Republikanern bezeichnete das Abkommen laut einem Bericht der dpa vom 9. September als größte Bedrohung für die nationale Sicherheit der USA. Die Iraner könnten in der Atmosphäre eine Atombombe zünden und damit Millionen Menschen töten. Sein Kollege Donald Trump sagte: "Ich schließe Deals schon seit langer Zeit. Niemals in meinem Leben habe ich eine so unfähig ausgehandelte Transaktion gesehen wie bei unserem Deal mit Iran." Demgegenüber stimmte Hillary

Clinton dem Abkommen zu. Allerdings drohte sie ein militärisches Vorgehen gegen Iran an, sollte das Land sich nicht an das Abkommen halten.

Am 10. September kam für den US-Senat der entscheidende Tag, an dem die Republikaner mit ihrem Versuch, das Abkommen zu blockieren, scheiterten. Sie verfehlen knapp die benötigten sechzig Stimmen. Präsident Obama triumphierte: "Diese Abstimmung ist ein Sieg der Demokratie, ein Sieg für Amerikas nationale Sicherheit und für den Schutz und die Sicherheit in der Welt", sagte er.

Am gleichen Tag veröffentlichten Bundeskanzlerin Angela Merkel, Frankreichs Präsident Françoise Hollande und Großbritanniens Premierminister David Cameron einen Beitrag in der Washington Post mit einer eindeutigen Stellungnahme für das Atomabkommen. "Wir sind zuversichtlich, dass das Abkommen die Grundlage bereitet, den Konflikt über das iranische Atomprogramm dauerhaft zu lösen", schrieben sie. Mit dem Abkommen würden alle Wege zu einer nuklearen Bewaffnung Irans verschlossen. "Wir unterstützen dieses Abkommen vollständig, weil es die Ziele erreicht, die wir uns selbst gesetzt haben." Zwar dürfe man nicht erwarten, dass die Politik Irans sich kurzfristig ändere, doch es sei besser, zusammenzuarbeiten, als sich in eine Konfrontation zu begeben. Der Beitrag erschien kurz vor der Abstimmung im US-Senat.

Auch die Abstimmung im Repräsentantenhaus, die am 11. September stattfand, brachte das Vorhaben der Republikaner abermals zum Scheitern. Sie hatte jedoch ohnehin nur symbolischen Charakter, weil die Abstimmung im Senat bereits gelaufen war. Mit dieser Niederlage der Gegner des Abkommens besteht für die USA kein Hindernis mehr, um das Abkommen umzusetzen. Doch dazu müssen noch zwei weitere Hürden überwunden werden: die Zustimmung Irans und ein positiver Bericht der Internationalen Atomenergiebehörde (IAEA). Als Stichtag für die Aufhebung der Wirtschaftssanktionen gilt nun der von den USA als "Annahme-Tag" festgesetzte 18. Oktober. Bis dahin muss Iran seine im Vertrag festgelegten Verpflichtungen erfüllt haben.

Die nächste Etappe ist der "Tag der Umsetzung", der allerdings noch nicht feststeht. Das Datum hängt von der offiziellen Bestätigung der IAEA ab, dass Iran alle festgelegten Aufgaben erfüllt habe. Dies wird nach Meinung von Experten Ende dieses Jahres sein. Präsident Obama und Außenminister John Kerry haben den Diplomaten Stephen Mull zum Leiter eines aus Experten verschiedener Behörden und Geheimdiensten bestehenden Teams ernannt, das die Umsetzung des Abkommens überwachen soll.

## **INTERNATIONALE ATOMENERGIEBEHÖRDE ERHÄLT ZUGANG ZU PARCHIN**

Der Internationalen Atomenergiebehörde (IAEA) gelang es nach jahrelangen Bemühungen endlich Zugang zu der Militäranlage Parchin zu bekommen. Allerdings war die ganze Aktion zumindest aus der Sicht der Gegner des Abkommens nicht einwandfrei. Denn wie wir schon im vergangenen Monat berichtet haben, hatte die Agentur AP am 19. August von zwei geheimen Abkommen zwischen Iran und der IAEA berichtet, die Iran angeblich erlauben, zentrale Atomanlage von iranischen Experten überprüfen zu lassen. Dazu gehöre auch die Militäranlage Parchin, so die Agenturmeldung. Die Nachricht wurde von der IAEA dementiert. "Die Vereinbarungen mit Iran sind technisch einwandfrei und stimmen mit unseren Sicherheitsgepflogenheiten überein", sagte der Generaldirektor Yukia Amano am 25. August. "Unsere Standards werden in keiner Weise beeinträchtigt."

Indes hatte Präsident Rohani erklärt, Iran werde, um seinen guten Willen zu beweisen, auch das IAEA-Zusatzprotokoll wieder akzeptieren. Das bedeutet, dass die IAEA zu allen Anlagen Zugang gewährt wird. So erlaubte die iranische Regierung am 20. September Amano und dem leitenden Inspektor Tero Varjoranta die Militäranlage Parchin zu besuchen. Der Sprecher der iranischen Atombehörde Behrus Kamalvand sagte, Amano

habe im Zuge eines offiziellen Besuchs in Teheran einige Werkstätten in Parchin besucht, über die "falsche Informationen" verbreitet worden seien.

Der Agentur Irna sagte Kamalwand am 21. September, der Besuch Amanos in Parchin sei rein formal gewesen. Damit habe Iran der Propaganda der letzten Jahre entgegentreten wollen. Iranische Experten hätten ohne Beisein der IAEA-Inspektoren aus verschiedenen Werkstätten der Anlage gemäß den Vorschriften und Standards Proben entnommen und sie den Inspektoren der IAEA übergeben.

Auch Amano bestätigte nach seiner Rückreise nach Wien die Echtheit der Proben. Die Probeabnahme habe vor seinem Besuch in Parchin stattgefunden, sagte er. Dabei hätten iranische Experten eine Rolle gespielt. "Unter bestimmten Umständen erlaubt die IAEA den Vertretern von Staaten zur Unterstützung der IAEA-Inspektoren Aktivitäten zu unternehmen, die jedoch die Echtheit der Probenentnahmen nicht beeinträchtigen", sagte Amano. Die IAEA habe "einen bedeutenden Schritt erzielt". Zugleich kritisierte Amano, dass Iran an dem untersuchten Gebäude Renovierungen unternommen habe. "Die umfangreichen Arbeiten, die seit 2012 an dem Standort vorgenommen worden sind, untergraben die Möglichkeit der IAEA wirksame Überprüfungsverfahren anzuwenden."

Auch das Weiße Haus in Washington bestätigte die Mitwirkung der iranischen Experten.

## ENTSCHEIDUNG ZU ATOMABKOMMEN IN IRAN STEHT WEITERHIN AUS

Das Atomabkommen wurde zwar in Iran von der Mehrheit der Bevölkerung unterstützt, unter Politikern, Geistlichen Instanzen und den Medien ist es jedoch umstritten. Offiziell reagierte die Regierung gelassen auf den gescheiterten Versuch der US-Republikaner, das Abkommen zu blockieren. Die Sprecherin des Außenministeriums Marsieh Afkham sagte am 11. September, das Abkommen sei das Ende "einer unnötigen Krise und eines Komplotts" gegen Iran gewesen. Im Westen beginne wieder eine Zusammenarbeit mit Iran. Allerdings gäbe es in den USA noch Widerstand, der auf den "Einfluss der zionistischen Lobbys" zurückzuführen sei.

An der Spitze der Gegner des Abkommens in Iran steht der frühere Atomunterhändler Said Dschalili, der die Vereinbarung vom 14. Juli als "Demütigung" für Iran bezeichnete. Die iranischen Verhandlungspartner hätten eine ganze Reihe roter Linien überschritten, sagte er. Ihm widersprach Vizepräsident und Chef der iranischen Atomenergiebehörde Ali Akbar Salehi. Er warf Dschalili und seinem Verhandlungsteam vor, zu seiner Zeit unverantwortlich gehandelt zu haben. "Der kompromisslose Widerstand des Atomteams damals (gegen die 5+1-Gruppe) führte nur zum Leid von 80 Millionen" Iranern, sagte er der Zeitung Schargh am 12. September.

Am 16. Dezember forderte der Abgeordnete Aliresa Sakani, der den Ausschuss zur Untersuchung des Abkommens leitet, Außenminister Sarif auf, den Generalsekretär der Internationalen Atombehörde, Yukia Amano, zu einem Gespräch in den Ausschuss einzuladen. Er, Amano, solle, so wie im US-Kongress, auch dem iranischen Parlament Rede und Antwort stehen, schrieb Sakani. Der Presse gegenüber sagte er, er sehe nicht ein, warum Amano den US-Kongress informieren kann, nicht aber das Parlament in Teheran.

Die Bildung eines Ausschusses im iranischen Parlament bedeutet nicht zwangsläufig, dass am Ende im Plenum über das Abkommen debattiert und abgestimmt wird. Über die Rolle des Parlaments herrscht nach wie vor Verwirrung. Das Abkommen sei ein Staatsvertrag und Staatsverträge bedürften der Zustimmung des Parlaments, argumentiert die eine Seite, während die andere Seite die Meinung vertritt, bei dem Abkommen handele es sich um eine Vereinbarung zwischen Regierungen. Solche Vereinbarungen bedürften lediglich der Zustimmung des Nationalen Sicherheitsrats.

## BEKENNTNIS GEGEN ATOMTESTS GEFORDERT

Lassina Zerbo, Leiter der Organisation des Vertrags über das umfassende Verbot von Nuklearversuchen, sagte in einem Interview mit der AP am 12. September, Iran solle nachdem nun vereinbarten Atomabkommen mit der 5+1-Gruppe auch den Kernwaffenteststopp-Vertrag (CTBT) ratifizieren und sich damit dazu bekennen, in Zukunft keine Nuklearwaffen zu testen.

Der Vertrag wurde zwar 1996 von der iranischen Regierung unterzeichnet, jedoch nicht vom Parlament ratifiziert. Laut iranischer Verfassung müssen internationale Verträge vom Parlament ratifiziert werden. Der Vertrag verpflichtet alle Unterzeichnerstaaten dazu, auf Tests von Nuklearwaffen zu verzichten. Mit der Unterzeichnung wird auch zugestimmt, dass die UN-Behörde in dem betreffenden Land Kontrollen durchführt und Geräte installiert, mit denen durch Tests verursachten Erschütterungen oder Geräusche registriert werden.

Der Vertrag wurde im September 1996 von der UNO beschlossen. Von 196 Mitgliedstaaten haben 183 den Vertrag unterzeichnet, 164 haben ihn ratifiziert. Da acht Staaten den Vertrag noch nicht unterschrieben haben, konnte er allerdings noch nicht in Kraft treten. Bei den acht Staaten handelt es sich um die USA, China, Ägypten, Israel und Iran, die den Vertrag unterzeichnet, aber noch nicht ratifiziert haben, sowie um Indien, Pakistan und Nordkorea, die ihn noch nicht unterzeichnet haben.

Wenn Iran den Vertrag unterzeichnen würde, sagte Zerbo, würden andere Staaten des Nahen Ostens ihm hoffentlich folgen. Damit würde man dem Ziel, einer atomfreien Zone in der Region um einen entscheidenden Schritt näher kommen.

## NEUE URANVORKOMMEN ENTDECKT

Einer Meldung der dpa vom 13. August zufolge wurden überraschend große Uranvorkommen in Iran gefunden. Dies gab der Chef der iranischen Atomenergiebehörde, Ali Akbar Salehi, laut der staatlichen Agentur Irna bekannt. Noch sei nicht bekannt, wie groß der neue Fund sei, sagte er. "Die jüngsten Entdeckungen machen uns aber zuversichtlich, was die Reserven angeht." Der radioaktive Rohstoff soll bald abgebaut werden.

Experten waren bislang davon ausgegangen, dass Iran nur über geringe Uran-Reserven verfügt. Der neue Fund wird vermutlich die Großmächte, vor allem jene im Westen, dazu bewegen, die iranische Atomindustrie noch schärfer und aufmerksamer unter die Lupe zu nehmen. Ein Sprecher des US-Außenministeriums sagte laut Reuters: "Wir werden angemessen auf jegliche Verletzung des Atomabkommens reagieren."

## RUSSLAND KRITISIERT IAEA WEGEN PREISGABE VON GEHEIMDOKUMENTEN

Russland hat der Internationalen Atomenergiebehörde (IAEA) vorgeworfen, geheime Dokumente preisgegeben zu haben. Die Organisation zeige sich unfähig, das Durchsickern geheimer Vereinbarungen zu verhindern, sagte der russische Vertreter bei der Atomenergiebehörde, Grigori Berdennikow, am 11. September der Agentur Ria Novosti. "Wir haben immer wieder unsere Sorge bekundet, dass bei der Internationalen Atomenergiebehörde geheime Dokumente durchsickern und in der Presse auftauchen." Er habe im Gouverneursrat diesbezüglich Fragen gestellt. Der Generaldirektor der IAEA, Yukia Amano, wolle die Vorwürfe nun untersuchen, sagte Berdennikow.

Tatsächlich tauchten in der Vergangenheit mehrmals Dokumente über den iranischen Atomstreit in der westlichen Presse auf, die als geheim eingestuft waren. Auch Iran hatte

mehrmals dagegen protestiert und sich besorgt gezeigt. Nun sind sowohl Iran als auch die Mitgliedstaaten der 5+1-Gruppe besorgt, dass auch die geheime Vereinbarung zwischen Iran und der IAEA über die Kontrollen der Atom- und Militäranlagen der Öffentlichkeit zugänglich gemacht werden könnten.

Indes gab Iran bekannt, Satelliten-Bauteile und Verkehrsflugzeuge im Werte von rund 18,8 Milliarden Euro aus Russland gekauft zu haben. Wie der Chef des iranischen Branchenverbands, Manuchehr Manteghi, am 26. September der russischen Nachrichtenagentur Sputnik sagte, sei ein entsprechender Vertrag einen Monat zuvor bei der Luftfahrtmesse in Moskau unterzeichnet worden. Bei dem Kauf gehe es auch um den Kurz- und Mittelstreckenflieger Suchoi Superjet 100.

### **ROHANI: NIEDRIGER ÖLPREIS RICHTET SICH GEGEN IRAN UND RUSSLAND**

Staatspräsident Hassan Rohani sagte am 12. September mit Blick auf die Einschränkungen, die der iranischen Ölindustrie von außen auferlegt wurden: "Manche Ölproduzierenden Länder, die, wie man weiß, von Großmächten abhängig sind, haben, um auf Iran und neuerdings auch auf Russland Druck auszuüben, den Ölpreis von 110 Dollar pro Barrel auf 40 Dollar pro Barrel gesenkt." Gemeint sind wohl die arabischen Ölförderländer am Persischen Golf, allen voran Saudi-Arabien. Die Saudis gehörten zu den entschiedensten Gegnern der Reduzierung der Ölproduktion.

Bereits zuvor hatte Rohani das drastische Absinken des Ölpreises als "Verschwörung gegen die Völker und Muslime in der Region" bezeichnet, "aus der andere Länder Vorteile ziehen". Die ganze Aktion sei ein Druckmittel gegen Iran gewesen, sagte er. Die Sanktionen gegen die iranische Ölindustrie und die Einschränkung des Ölexports auf "nur eine Million Barrel" hätten nicht nur das iranische Volk wirtschaftlich getroffen, sondern auch "unseren Nationalstolz" verletzt.

Die 2012 von den EU-Staaten und den USA gegen Iran verhängten Sanktionen haben den iranischen Ölexport von 2,2 Millionen Barrel auf eine Million Barrel gesenkt. Zusätzlich hätten die Sanktionen gegen iranische Banken dazu geführt, dass Iran die Einnahmen aus dem Ölexport nicht für den eigenen Bedarf verwenden konnte, sagte der Präsident.

Dass die Sanktionen so eine schädliche Wirkung haben konnten, liege daran, dass die iranische Wirtschaft zu sehr vom Ölexport abhängig sei, sagte Rohani. Der staatliche Haushalt werde zu einem Drittel von den Einnahmen des Ölexports gedeckt. Dieses hausgemachte Problem ermögliche äußeren Feinden, das Land unter Druck zu setzen.

Das Atomabkommen habe nun die Gefahren, die die Wirtschaft des Landes bedrohten, gebannt, fuhr Rohani fort. Zu den Gegnern des Abkommens sagte er: "Ich werde nicht zulassen, dass einige Extremisten die Hoffnungen des Volkes zerstören. Niemand kann behaupten, das Atomabkommen sei der Größe und Würde unseres Landes nicht angemessen."

Auch nach dem Abkommen und der Aufhebung der Sanktionen gegen Iran werde der Ölpreis weiterhin fallen, sagte laut einer Meldung der dpa vom 11. September Rice Spooner, Analyst beim Finanzdienstleister CMC Markets in Sydney. Er begründete diese Einschätzung damit, dass der Ölmarkt ohnehin zurzeit von der Angebotsseite übersättigt sei. Und wenn Iran nach der Aufhebung der Sanktionen seinen Ölexport erhöhe, würden die Preise weiter fallen. "Wie es mit Iran weitergeht, ist ein Schlüsselfaktor für den Ölmarkt", sagte Spooner.

## 150-KÖPFIGE WIRTSCHAFTSDELEGATION AUS FRANKREICH IN TEHERAN

Eine rund 150-köpfige Delegation aus Frankreich, geführt vom französischen Landwirtschaftsminister Stephane Le Foll, traf am 21. September in Teheran ein. Zu der Delegation gehörten Vertreter großer Konzerne wie Total, Peugeot und Airbus, sowie Vertreter des Arbeitgeberverbands MEDEF.

Mahmud Dschannati, der iranische Landwirtschaftsminister, und sein französischer Kollege unterzeichneten fünf Abkommen im Bereich der Agrarwirtschaft und Nahrungssicherheit. Matthias Fekl, Staatsminister für Außenwirtschaft, der ebenfalls der Delegation angehörte, betonte, dass sein Land entschlossen sei, die Zusammenarbeit mit der Islamischen Republik auszuweiten und zu intensivieren. Frankreich werde sich auch bemühen, dass Iran in die Welthandelsorganisation (WTO) aufgenommen wird, fügte er hinzu. Dabei hob er die Bedeutung der Rolle der iranisch-französischen Handelskammer hervor. Die Kammer soll bis Ende September ihre Arbeit in Iran wieder voll aufnehmen. Die Sanktionen gegen Iran hatten in den letzten Jahren die Aktivitäten der Kammer stark eingeschränkt. Auch der Handel zwischen Iran und Frankreich war stark reduziert worden. Während er 2006 bei vier Milliarden Euro lag, sank er 2013 auf 500 Millionen Euro.

Indes erklärte der Geschäftsführer der nationalen iranischen Ölgesellschaft, die Gesellschaft begrüße die Intensivierung der wirtschaftlichen Zusammenarbeit mit dem Energiekonzern Total. Auch ein Vorstandmitglied von Total erklärte beim Treffen mit Irans Ölminister Bijan Sangeneh und anderen Vertretern der iranischen Ölindustrie die Bereitschaft seines Unternehmens zur Zusammenarbeit in verschiedenen Bereichen.

Die wirtschaftliche Zusammenarbeit zwischen Iran und Frankreich hat bis vor wenigen Jahren gut funktioniert. Der französische Außenminister Laurent Fabius sagte kürzlich bei seinem Besuch in Teheran, die Iraner hätten eine sehr positive Meinung von französischen Firmen. "Die Wirtschaft ist sehr wichtig, sie ist für die Iraner wichtig und sie ist für uns wichtig."

## CHINA PLANT SICH VERSTÄRKT IN IRAN ZU ENGAGIEREN

Einer Meldung der Agentur Reuters vom 29. September zufolge teilte Chinas Präsident Xi Jinping nach einem Treffen mit Präsident Rohani am Rande der UN-Vollversammlung mit, sein Land wolle nach dem nun erreichten Atomabkommen insbesondere im Energie- und Finanzbereich enger mit der Islamischen Republik zusammenarbeiten. Die Kooperation soll außerdem die Bereiche Spitzentechnologie, Autobau, Eisen und Stahl sowie Eisenbahnen und Straßen umfassen, sagte Jinping.

---

## AUSSENPOLITIK

---

Der Konflikt in Syrien / Konflikt mit Saudi-Arabien verschärft sich / Österreichs Präsident in Teheran / Rohani gratuliert zu jüdischem Neujahrsfest / Kritik an der deutschen und europäischen Iran-Politik / Beziehung zwischen Iran und den USA / Netanjahu versus Chamenei / Rohani reist im November zum Staatsbesuch nach Paris / Gefangenenaustausch mit den USA / 24 Personen der Spionage für Iran in Kuwait beschuldigt / Diplomatischer Geschäftsträger für Botschaft in Großbritannien / Iranische UN-Delegation wurde 2007 abgehört / Iran vermittelt lokalen Waffenstillstand in Syriens Grenzgebiet zu Libanon

---

## DER KONFLIKT IN SYRIEN

Iran gehört neben Russland zu den wichtigsten Verbündeten des Regimes in Damaskus. Das wichtigste Argument Teherans für diese Unterstützung ist, dass ein Sturz des Regimes in Damaskus ein Vakuum erzeugen würde, das von Terroristen genutzt werden würde. Am 6. September machte Präsident Rohani die IS-Terroristen für das Leid tausender Flüchtlinge verantwortlich. Er forderte die Weltgemeinschaft auf, das Problem an der Wurzel zu packen. "Das macht mehr denn je einen gemeinsamen Kampf gegen IS-Terroristen notwendig", sagte er. Iran werde gemeinsam mit Russland einen Friedensplan für Syrien vorlegen.

Außenminister Mohammad Dschawad Sarif wies am 7. September bei einer gemeinsamen Pressekonferenz mit seinem spanischen Kollegen José Manuel Garcia-Margallo abermals Forderungen nach einem Rücktritt des syrischen Präsidenten Baschar al-Assad entschieden zurück. Ein solcher Schritt würde den Bürgerkrieg verlängern und das Blutvergießen in die Länge ziehen, sagte er.

Auf einer gemeinsamen Konferenz am 8. September mit dem Österreichischen Präsidenten Heinz Fischer in Teheran sagte Rohani, sein Land sei zu Verhandlungen mit allen Staaten, auch mit den USA und Saudi-Arabien, bereit, um die Krise in Syrien zu beenden. "Wichtig sind nicht der Verhandlungstisch und die Personen, die sich an den Tisch setzen, wichtig ist, dass wir Frieden und Stabilität in der Region erreichen." "Um das Problem des Terrorismus zu lösen, geht es nicht um die Unterstützung bestimmter Personen oder Regierungen. Syrien ist ein Staat mit einer Regierung. Es gibt Oppositionelle und Terroristen. Was müssen wir unternehmen, was hat Vorrang? Sollen wir zuerst über Demokratie in Syrien reden, über die Opposition, über die Änderung der Verfassung, oder müssen wir nicht vielmehr in erster Linie das Morden und die Flucht von Millionen beenden?", sagte Rohani weiter.

Am 8. September sprach sich der spanische Außenminister José Manuel Garcia-Margallo während seines Besuchs in Teheran in einem Interview mit dem spanischen Radiosender Cadena Ser für direkte Verhandlungen mit Assad aus. Zunächst müsse ein Waffenstillstand vereinbart werden, um humanitäre Hilfe leisten und einen demokratischen Prozess einleiten zu können. Verhandlungen mit dem IS lehnte der Minister ab.

Am 12. September hat Bundesaußenminister Frank-Walter Steinmeier gefordert, mit Russland und Iran über eine Lösung der Krise in Syrien zu verhandeln. In einem Beitrag für den Berliner Tagesspiegel schrieb Steinmeier, das Atomabkommen mit Iran böte vielleicht die einmalige Chance, verhärtete Fronten aufzubrechen. "Jetzt muss es gelingen, Konfliktparteien an den Verhandlungstisch zu bringen." Teheran begrüßte die Forderung Steinmeiers. "Wir sind bereit an jeder Verhandlung, die mit dem Kampf gegen den Terrorismus in der Region zu tun hat, teilzunehmen", sagte Sarif am 13. September in Teheran. Seit dem Flüchtlingsdrama schein man in Europa die Lage allmählich zu begreifen. Er hoffe, dass die neue Sicht zu einem politischen Kurswechsel der EU-Staaten in Syrien führen werde.

Am 16. September sagte Assad in einem Interview mit mehreren russischen Fernsehsendern, Iran unterstütze Syrien politisch, wirtschaftlich und militärisch. Das hieße jedoch nicht, dass Teheran bewaffnete Kräfte nach Syrien schicke. Bei der militärischen Unterstützung handele es sich nur um Ausrüstung. Es gäbe selbstverständlich auch "einen Austausch von Militärexperten zwischen Syrien und Iran", sagte Assad. Dem Westen warf Assad vor, über die zahlreichen Flüchtlinge zu weinen und gleichzeitig die Terroristen in Syrien zu unterstützen.

Am 22. September forderte US-Außenminister John Kerry Russland und Iran auf, sich für ein Ende der Krise in Syrien einzusetzen. Die USA seien bereit, sofort mit den beiden Ländern über Lösungsmöglichkeiten zu verhandeln. Die Absichten Russland seien ihm

nicht klar, sagte Kerry. Denn er verstehe nicht, ob die verstärkte Präsenz Russlands in Syrien bedeute, dass Assad nun eine Zusicherung habe, um nicht verhandeln zu müssen. "Wir sind zu Verhandlung bereit, ist auch Assad dazu bereit? Ist Russland bereit, Assad an den Verhandlungstisch zu bringen?"

Am 22. September begrüße Teheran den russischen Vorschlag zur Bildung einer Koalition gegen den IS. Vizeaußenminister Hossein Amirabdollahian sagte während einer Visite in Moskau, sein Land sei zu gemeinsamen Aktionen bereit. Er betonte, Iran trete dafür ein, Assad bei der Lösung der Krise mit einzubeziehen. "Welcher Schritt auch unternommen wird, Assad wird Teil der Krisenbewältigung sein."

Am 25. September sagte Rohani bei einem Gespräch mit Vertretern der internationalen Presse in New York, "Iran steht an der Seite des syrischen Regimes und wird auch in dieser Position bleiben." Zu den Bombardierungen der syrischen Zivilbevölkerung durch das syrische Regime sagte Rohani: "Ich weiß nicht, woher Sie Ihre Informationen haben. Die Bombardierungen richten sich gegen Terroristen. Noch zerstörerischer sind die amerikanischen Bomben. Wichtig ist das Ziel. Sind denn nicht Massen von Zivilisten im Irak durch unerlaubte Vernichtungswaffen der USA getötet worden? In Syrien werden Menschen von Terroristen geköpft. Hier geschehen ungeheure Verbrechen. Wir sollten uns auf richtige Informationen stützen und diese richtig deuten."

In Syrien hätten zunächst einige Gruppen gegen die Regierung protestiert. Doch nach kurzer Zeit seien die terroristischen Gruppen immer stärker geworden und die Opposition sei an den Rand gedrängt worden. Zurzeit stünden sich terroristische Gruppen und die syrischen Streitkräfte gegenüber. "Wir sind der Meinung, dass eine Atmosphäre geschaffen werden muss, in der auch die Opposition zum Zug kommt und auch die Verfassung reformiert wird", so Rohani.

Am 26. September forderte UN-Generalsekretär Ban Ki Moon bei einem Gespräch mit Rohani, Iran solle zur Lösung der Krise in Syrien und Jemen beitragen. Auch Kerry sprach mit Sarif über die Konflikte in Syrien und Jemen und betonte danach, in den nächsten Tagen werde es weitere Beratungen geben, die für die weitere Entwicklung ausschlaggebend sein könnten. "Wir müssen Frieden und einen Weg nach vorn in Syrien und Jemen erreichen."

Am gleichen Tag berichtete die Agentur Interfax, dass Russland, Syrien, Iran und der Irak ein gemeinsames Informationszentrum gegen den IS gegründet haben. Die Zentrale befände sich in der irakischen Hauptstadt Bagdad. Dort sollen Vertreter der Generalstäbe der vier Länder zusammenkommen. Von hier aus könnten auch gemeinsame Militäreinsätze gegen den IS geplant und durchgeführt werden.

Am 27. September sagte Rohani in einem Interview mit CNN: "Ich denke, dass heute jeder akzeptiert hat, dass Präsident Assad bleiben muss, damit wir die Terroristen bekämpfen können. Wir haben keine andere Lösung als die zentrale Autorität und die zentrale Regierung des Landes zu stärken."

In einem Interview mit dem US-Sender CBS sagte Russlands Präsident Putin: "Wir haben vorgeschlagen, mit den Ländern der Region (im Kampf gegen den IS) zu kooperieren. Er habe Saudi-Arabien, Jordanien und auch die USA darüber in Kenntnis gesetzt. Indes sagte Frankreichs Präsident Francois Hollande bei einem Treffen mit Rohani am Rande der UN-Vollversammlung, Iran könne bei der Lösung der Krise in Syrien eine positive Rolle spielen, aber der syrische Präsident Assad habe bei einer Lösung keinen Platz. Demgegenüber meinte der britische Premier David Cameron, Assad könne in einer Übergangsregierung eine Rolle spielen, aber langfristig habe er keinen Platz in der syrischen Führung.

Bei seiner Rede vor der UN-Vollversammlung rief Rohani zu einer "gemeinsamen Front" gegen den IS auf. "So wie wir schon bei der Etablierung von Demokratien im Irak und Afghanistan geholfen haben, sind wir auch bereit dabei zu helfen, Demokratie nach Syrien und in den Jemen zu bringen", sagte der Präsident der Islamischen Republik. Nach Ansicht Rohanis liegen die Wurzeln des Terrorismus in den Kriegen, die die USA und ihre Verbündeten gegen Afghanistan und den Irak geführt haben sowie in der Unterstützung der "unmenschlichen Aktivitäten" Israels.

## KONFLIKT MIT SAUDI-ARABIEN VERSCHÄRFT SICH

Saudi-Arabien und die mit ihm verbündeten Golfstaaten haben einer Meldung der AFP vom 7. September zufolge mehrere tausend schwer bewaffnete Soldaten zum Kampf gegen die Huthi-Rebellen in den Jemen geschickt. Es sind vor allem Soldaten aus Katar und Saudi-Arabien. Sie werden von 200 bewaffneten Fahrzeugen und Panzern begleitet. Den Angaben der UNO zufolge wurden in dem Konflikt seit März bereits 4.500 Menschen getötet.

Am 6. September hatte Iran auf die Vorwürfe Saudi-Arabiens, in der Region Unruhe zu stiften scharf reagiert. Die Sprecherin des Außenministeriums, Marsieh Afkham, sagte, Saudi-Arabien sollte mit "der Unterstützung terroristischer und extremistischer Gruppe aufhören und den Massenmord in Jemen beenden". Iran betrachte den diplomatischen Weg als besten Weg zur Lösung von Konflikten und empfehle den Nachbarstaaten, statt gefährlichen Abenteuern, den Weg des Dialogs zu wählen.

Am 4. September stattete der saudische König Salman den USA seinen ersten Besuch ab. Präsident Obama versuchte, den König in Bezug auf das Atomabkommen mit Iran zu beruhigen. "Wir haben besprochen, wie wichtig es ist, dass der Iran-Deal effektiv umgesetzt wird, damit Iran keine Atomwaffen entwickeln kann, während wir gleichzeitig einer Destabilisierung der Region entgegenwirken." König Salman wollte sich von seinem Gegenüber die erneute Zusicherung geben lassen, dass die USA ihren Verpflichtungen als Bündnispartner nachkommen werde. "Diese Partnerschaft (zwischen den USA und Saudi-Arabien) muss zum beiderseitigen Nutzen sein, nicht nur wirtschaftlich, sondern auch in politischen, in militärischen und in Verteidigungsfragen", so König Salman.

Die Kontroversen zwischen Iran und Saudi-Arabien verschärften sich nach dem Unglück von Mekka, das sich am 25. September ereignete und laut AFP zum Tod von 969 Pilgern führte, unter ihnen mehr als 464 Iraner. Über die Ursachen des Unglücks herrscht noch keine Klarheit. Iran und Saudi-Arabien geben sich gegenseitig die Schuld. Saudische Zeitungen warfen einer Gruppe von iranischen Pilgern vor, in die falsche Richtung gelaufen und dabei mit anderen Pilgern zusammengestoßen zu sein. Iran hingegen warf den Saudis eine schlechte Organisation und unüberlegtes Handeln vor. Präsident Rohani, der während des Unglücks in New York weilte, ordnete eine dreitägige Trauerfeier in Iran an. In Teheran und andern Städten gab es Massendemonstrationen gegen Saudi-Arabien. Die Demonstranten trugen schwarze Fahnen und skandierten "Tod der Familie Al-Saud". Laut iranischen Angaben gibt es neben den Toten Verletzten auch 365 vermisste Iraner.

Revolutionsführer Ali Chamenei forderte am 27. September bei einer Rede die saudische Führung auf, die Verantwortung für das "schrecklich Ereignis" zu übernehmen und sich bei den Hinterbliebenen zu entschuldigen. Das Ereignis werfe in der islamischen Welt Fragen auf. Die hohe Zahl an Opfern sei "keine Kleinigkeit". Da müsse einiges geklärt werden. Es führe zu nichts, wenn die Saudis die Verantwortung von sich wiesen. Chamenei warf der saudischen Führung Unfähigkeit vor. Präsident Rohani fordert UN-Generalsekretär Ban Ki Moon auf, die Saudis auf ihre Verantwortung und Pflichten aufmerksam zu machen. "Es ist bedauerlich, dass die saudische Regierung sich weigert, bei der Suche nach Vermissten und der Überführung der Toten zu kooperieren", sagte Rohani.

Indes warf die saudische Regierung Iran vor, aus dem Unglück politisches Kapital schlagen zu wollen. "Die iranische Führung sollte wissen, dass das Unglück Menschen getroffen hat, die ihre religiösen Pflichten erfüllen wollten. Damit kann man keine politischen Spielchen treiben", sagte der saudische Außenminister, Adel al-Djubeir.

In seiner Rede vor der UN-Vollversammlung sprach Präsident Rohani von einer "herzerreißenden Tragödie" und forderte eine lückenlose Aufklärung der Vorfälle. Am 26. September erklärte der iranische Generalstaatsanwalt, Ebrahim Raisi, er werde das saudische Königshaus vor einem internationalen Gericht anklagen. Das Unglück habe sich ereignet, weil eine Straße für Pilger gesperrt worden sei, um einen königlichen Fahrzeugkonvoi durchzulassen, sagte er.

Rohani sagte am 28. September alle vereinbarten Termine in New York ab und begab sich direkt auf die Rückreise nach Teheran.

Am 29. September machte al-Djubeir in einem Interview mit dem arabischen Sender Al-Arabia Iran für Zunahme der Gewalt in Syrien und Jemen verantwortlich. Iran habe zur Unterstützung des syrischen Regimes mehrere tausend Kämpfer in das Land geschickt. Iran sei der Hauptgrund für die Eskalation der Gewalt, für die Zerstörung und für die menschlichen Opfer in Syrien, sagte er. Auch in Jemen Sorge Iran mit der Unterstützung der Huthis für die Fortsetzung des Bürgerkriegs. "Die Iraner sind die Letzten, die über Sicherheit und Stabilität in Jemen reden sollten", sagte der Minister.

Das iranische Außenministerium wies die Äußerungen al-Djubeirs zurück. Sie seien nicht hilfreich, sagte Sprecherin Afkham. Die Fortsetzung der militärischen Operationen in Syrien und Jemen und die Zerstörung der Infrastruktur dieser Länder sei der Grund für die Verbreitung des Extremismus und den Verlust der Stabilität. Afkham warf den Saudis eine Kriegstreiberpolitik vor.

Am 29. September übte der Generalsekretär des Nationalen Sicherheitsrat Ali Schamchani scharfe Kritik an den Saudis und sagte: "Saudi-Arabien hat dem Islam nach dem IS den größten Schaden zugefügt."

Am 30. September drohte Chamenei indirekt mit einer militärischen Intervention in Saudi-Arabien. Die Saudis kämen (im Zusammenhang mit der Katastrophe) ihren Pflichten nicht nach, sagte er. "Aber sie sollten sich merken, die kleinste Unhöflichkeit gegenüber iranischen Pilgern oder das Unterlassen der pflichtmäßigen Hilfsleistungen bei der Überführung der Toten nach Iran werden eine schwere und aggressive Reaktion Irans zufolge haben."

## ÖSTERREICHS PRÄSIDENT IN TEHERAN

Österreichs Präsident Heinz Fischer traf am 7. September zu einem dreitägigen Staatsbesuch in Teheran ein. Er ist der bislang ranghöchste Politiker aus dem Westen, der Iran besucht. Fischer war zuletzt im Jahr 2000 in Iran gewesen. Damals war er Parlamentspräsident.

Ziel der Reise des österreichischen Staatsoberhauptes war die Neubelebung der Freundschaft mit Iran, die auf eine lange Tradition zurückblickt. Teheran und Wien haben erklärt, dass sie die Beziehungen zwischen den beiden Staaten rasch intensivieren und ausbauen wollen.

Bei einem Treffen mit Fischer sagte Präsident Rohani: "Die Botschaft des Atomabkommens in Wien war Frieden, Freundschaft und Dialog." Das Abkommen war am 14. Juli zwischen Iran und der 5+1-Gruppe in Wien vereinbart worden. Es soll nun eine neue Epoche der Zusammenarbeit zwischen Iran und Österreich, der EU und allen

Staaten der Welt einleiten, erklärte Rohani. Iran wolle die wirtschaftlichen und politischen Beziehungen zu Österreich ausbauen und den Kontakt zwischen beiden Ländern durch Erleichterung der Einreiseerlaubnis intensivieren.

Rohani sprach auch von der Flüchtlingskrise, die nun auch in Europa angekommen sei, und er lobte die Rolle Österreichs bei der Aufnahme von Asylsuchenden. Man müsse nun gemeinsam die Wurzeln des Problems bekämpfen. In Syrien und im Irak seien die Terrormilizen des Islamischen Staates für das Desaster verantwortlich. Rohani forderte Österreich und die EU auf, "Hand in Hand mit Iran" die Krise friedlich und demokratisch zu bewältigen.

Fischer erklärte in einem Beitrag für die englischsprachige Zeitung "Teheran Times" er wolle sich für Intensivierung des Handels zwischen Iran und Österreich einsetzen. Dabei gehe es um eine verstärkte Zusammenarbeit in den Bereichen Energie, Umweltechnologie, Tourismus, Infrastruktur, Forstwirtschaft und Zivilschutz. Auf einer gemeinsamen Pressekonferenz mit Rohani sagte Fischer, sein Land sei bestrebt, noch in diesem Jahr das bilaterale Handelsvolumen mit Iran auf 300 Millionen Euro zu erhöhen.

### **ROHANI GRATULIERT ZU JÜDISCHEM NEUJAHRSFEST**

Präsident Hassan Rohani gratulierte über Twitter den Juden zu ihrem Neujahrsfest. "L'Shanah Tovah", schrieb er und äußerte die Hoffnung, dass die Besinnung auf "die gemeinsamen abrahamischen Wurzeln" die Beziehungen zwischen den Gläubigen vertiefen und ihnen Toleranz und Frieden bringen werde.

Sowohl Rohani als auch sein Außenminister Sarif haben auch in der Vergangenheit versucht, durch solche Gesten dem Eindruck entgegenzuwirken, der durch die Attacken des früheren Präsidenten Ahmadinedschad gegen Israel entstanden war. Ahmadinedschad hatte mehrmals den Holocaust geleugnet. Allerdings betonen auch Rohani und Sarif, dass sie in Übereinstimmung mit der offiziellen Position des Landes den Staat Israel weiterhin nicht anerkennen.

### **KRITIK AN DER DEUTSCHEN UND EUROPÄISCHEN IRAN-POLITIK**

Laut einer Meldung der edp kritisierte die Internationale Gesellschaft für Menschenrechte den Kurswechsel der EU-Staaten gegenüber Iran. Seit dem Atomabkommen sei die Iran-Politik der EU-Staaten zu freundlich geworden, sagte Vorstandssprecher Martin Lessenthin am 14. September in einem Gastbeitrag für den Bremer "Weserkurier". "Die EU und ihre Mitgliedstaaten üben sich in zu großer diplomatischer Zurückhaltung". Nach wie vor würden die Rechte von Andersdenkenden, von ethnischen und religiösen Minderheiten missachtet. Iran sei ein Folter- und Hinrichtungsstaat. "Die Hoffnung auf einen Wandel durch das (Atom-)Abkommen hat sich als reines Wunschdenken erwiesen."

Die EU-Staaten, und insbesondere die deutsche Wirtschaft, vertrauten dem pragmatischen Präsidenten und hofften auf lukrative Geschäfte mit Iran, während das Land in Sachen Todesstrafe neue Rekorde aufstelle. Iran sei "gemessen an der Bevölkerungszahl trauriger Hinrichtungs-Weltmeister", sagte Lessenthin. Es werde nun nach der Aufhebung der Sanktionen "wirtschaftlich und militärisch zur regionalen Hegemonialmacht", was die "gesamte Region drastisch verändern" werde.

Lessenthin forderte die EU-Staaten auf, sowohl auf Iran als auch auf andere Staaten, in denen Menschenrechte verletzt werden und Korruption herrsche, aktiv einzuwirken. Denn gerade solche Zustände führten zum islamischen Extremismus. Europa dürfe eine "direkte diplomatische Konfrontation nicht länger scheuen".

Auch die Deutsch-Israelische Gesellschaft protestierte gegen die Intentionen der deutschen Wirtschaft, die ungeachtet der Menschenrechtslage in Iran ihre Beziehungen zu dem islamische Staat intensivieren wolle. Konkret kritisiert wurde die für Anfang Oktober geplante Reise des niedersächsischen Wirtschaftsministers Olaf Lies nach Iran. Lies, der von einer großen Wirtschaftsdelegation begleitet werden soll, falle den iranischen Bürgerrechtlern in den Rücken, hieß es in einer am 13. September veröffentlichten Resolution. Zudem stärke er ein Regime, das aus seiner Feindschaft Israel gegenüber keinen Hehl mache.

Selbst die Sanktionen und die damit verbundenen finanziellen Einschränkungen hätten Teheran nicht daran gehindert, "schiitische Terroristen" im Irak und in Syrien und den Bürgerkrieg in Jemen zu unterstützen. "Es ist ein Widerspruch, sich in Deutschland für eine menschliche Aufnahme von Flüchtlingen zu engagieren und gleichzeitig den wirtschaftlichen Spielraum derer zu vergrößern, die für die Fluchtbewegungen im Irak und in Syrien mitverantwortlich sind", heißt es in der Resolution.

Die Deutsch-Israelische Gesellschaft bezeichnete Iran als einen der Hauptfinanciers des islamischen Terrors. Teheran unterstütze die libanesische Hisbollah, eine Organisation, die Raketen auf Israel schieße und das syrische Regime unterstütze. Die Hoffnung, die Lage im Iran werde sich nach dem Amtsantritt von Präsident Rohani verbessern, sei vergeblich gewesen. Im Gegenteil, die Zivilgesellschaft werde nach wie vor unterdrückt und die Zahl der Hinrichtung habe sogar zugenommen.

## BEZIEHUNG ZWISCHEN IRAN UND DEN USA

Nach Meinung des ultrakonservativen Vorsitzenden des Expertenrats, Ayatollah Mohammad Yasdi, bleiben die USA auch nach dem Atomabkommen Irans "Feind Nummer eins". Die Islamische Republik werde auch jetzt ihre Außenpolitik nicht ändern, sagte er. Iran werde niemals zulassen, dass die USA erneut die iranische Wirtschaft kontrollierten. Er warf den Vereinigten Staaten vor, die ganze Region in Brand zu stecken, um Israel zu retten.

Eine Gruppe von Studenten, die zu den Mitgliedern der paramilitärischen Basidsch-Miliz zählt, veranstaltete am 2. September eine Kundgebung vor der ehemaligen amerikanischen Botschaft in Teheran. Die Teilnehmer hängten ein Plakat an dem Eingang auf mit einem Zitat von Ayatollah Chomeini, in dem der Gründer der Islamischen Republik die USA scharf attackierte. Danach verbrannten sie amerikanische, britische und israelische Flaggen.

Die amerikanische Botschaft in Teheran wurde 1979 von Studenten gestürmt. Dabei wurden 52 amerikanische Diplomaten als Geisel genommen. Diese verbrachten 444 Tage in Geiselhaft.

"Das iranische Volk hat den großen Satan davongejagt. Wir dürfen ihn nicht wieder hereinlassen. Wir dürfen nicht zulassen, dass er wieder in unserem Land an Einfluss gewinnt", sagte Revolutionsführer Ali Chamenei am 9. September. "Die Amerikaner geben vor, mit Iran verhandeln zu wollen." Das sei ein Vorwand, um Einfluss zu gewinnen und um Iran ihre Wünsche aufzuzwingen. "Wir haben Verhandlungen mit den USA aus bestimmten Gründen erlaubt, aber nur über das Atomprogramm. In anderen Bereichen haben wir Verhandlungen mit den USA nicht erlaubt und werden dies auch in Zukunft nicht tun."

Am Tag zuvor hatte Präsident Rohani gesagt, Iran sei bereit, mit den Weltmächten, auch mit den USA, über die Krise in Syrien zu verhandeln. Dagegen sagte Chamenei: "Wir werden mit der ganzen Welt verhandeln, aber nicht mit den USA." In einem Interview mit dem US-Fernsehsender CBS am 20. September sagte Rohani, die Amerikaner sollten den Slogan, "Tod den USA", der bei Kundgebungen in Iran gerufen werde, nicht persönlich

nehmen. "Dieser Slogan, der da gerufen wird, ist kein Slogan gegen das amerikanische Volk. Unser Volk respektiert das amerikanische Volk." Er bat um Verständnis, denn die Politik der Vereinigten Staaten habe sich gegen die Interessen des iranischen Volkes gerichtet. Diese Politik hätte über Jahrzehnte die Diktatur des Schah-Regimes unterstützt und im Iran-Irak-Krieg dem irakischen Aggressor Beistand geleistet. Man müsse nachvollziehen, dass die Menschen bei diesem Thema empfindlich reagierten. "Die Menschen werden diese Dinge nicht vergessen. Wir können die Vergangenheit nicht vergessen, aber zugleich muss unser Blick in die Zukunft gerichtet sein", sagte der Präsident.

Das "historische Atomabkommen" bezeichnete Rohani als ersten Schritt zum Abbau der Feindschaft zwischen Iran und den USA. Aber es brauche Zeit, um sich näher zu kommen, sagte er. Es gäbe Misstrauen und Meinungsverschiedenheiten, die sich so rasch nicht ausräumen ließen. "Ich glaube, wir haben die ersten Schritte getan, um die Feindschaft abzubauen."

Rohani äußerte sich zuversichtlich, dass das Atomabkommen auch in Iran akzeptiert werde. Die Umfragen zeigten, dass die Mehrheit des Volkes das Abkommen unterstütze, sagte er. Auch der Nationale Sicherheitsrat und das Parlament seien von der öffentlichen Meinung "nicht weit entfernt". Wenn die Gremien dem Abkommen zustimmten, würden auch die Pasdaran (Revolutionsgarden) es akzeptieren, fügte er hinzu.

Am 25. September sagte Obamas Berater Ben Rhodes einer Meldung der AFP zufolge zu einem möglichen Treffen des Präsidenten mit Rohani am Rande der UN-Vollversammlung: "Wir haben derzeit keinerlei Pläne für ein Treffen mit Präsident Rohani und wir erwarten wirklich keines."

Auch vor zwei Jahren, als Rohani aus demselben Anlass in New York weilte, gab es kein Treffen der beiden Präsidenten, aber ein kurzes Telefongespräch. Ein Treffen in diesem Jahr gab es zwischen den beiden Außenministern Mohammad Dschawad Sarif und John Kerry. Es war das erste Treffen nach den Atomverhandlungen. Zunächst hieß es, die beiden Minister würden über die Umsetzung des Atomabkommens miteinander sprechen, doch nach dem Treffen stellte sich dann heraus, dass das Hauptthema Syrien gewesen war. Alle müssten sich bemühen, um in Syrien Frieden herzustellen, sagte Kerry nach dem Treffen. Die UN-Vollversammlung biete eine günstige Gelegenheit, um für die Lösung der Konflikte im Nahen Osten gemeinsame Aktivitäten zu entwickeln.

Aufsehen erregte ein Händeschütteln zwischen Sarif und Präsident Obama. Die beiden trafen sich zufällig im UN-Gebäude, begrüßten sich und wechselten ein paar Worte miteinander.

Während Chamenei in Teheran jeder Art der Zusammenarbeit mit den USA eine Absage erteilte, lud Rohani in New York US-Unternehmen zu Investitionen in Iran ein. Bei einem Vortrag vor einer Versammlung von führenden Vertretern der amerikanischen Wirtschaft am 25. September sagte er: "Einer der Wege, die zu einer Annäherung zwischen Iran und den USA führen könnte, ist die Wirtschaft." Die nach dem Atomabkommen entstandene Atmosphäre habe politisch und wirtschaftlich eine günstige Gelegenheit geschaffen, die die großen Unternehmen nutzen sollten. Für Aktivitäten der US-Unternehmen in Iran gäbe es keinerlei Probleme, betonte Rohani.

## NETANJAHU VERSUS CHAMENEI

Israels Ministerpräsident Benjamin Netanjahu sagte bei seiner Ankunft in London am 9. September, Irans Revolutionsführer Ali Chamenei habe mit seinen jüngsten Äußerungen jede Illusion der Befürworter des Atomabkommens zunichte gemacht. Er habe klar und

deutlich die USA als großen Satan bezeichnet und seine Absicht, Israel zu vernichten, unverblümt kundgetan.

Chamenei hatte am Tag zuvor mit Blick auf das Atomabkommen gesagt: "Manche Zionisten haben nach dem Atomabkommen gesagt, sie bräuchten sich in den nächsten 25 Jahren keine Gedanken über Iran zu machen. Wir aber sagen ihnen, ihr werdet die nächsten 25 Jahre nicht erleben und so Gott will, wird das, was man als zionistisches Regime bezeichnet, nicht mehr in der Region existieren." "Auch bis dahin werde der islamische, heldenhafte und kämpferische Kampfgeist die Zionisten nicht in Ruhe lassen."

"Israel ist ein starkes Land, und es wird noch stärker werden", sagte Netanjahu. "Die Lehre, die man aber aus den Worten des iranischen Revolutionsführers ziehen könnte, ist, dass alle verantwortlichen Staaten miteinander kooperieren müssen, um der iranischen Aggressionen und dem Terrorismus, welche leider nach dem Atomabkommen zunehmen werden, Einhalt zu gebieten."

Das Weiße Haus in Washington gab am 11. September bekannt, dass Präsident Barack Obama erstmals nach dem langen und heftigen Streit über das Atomabkommen mit Iran den israelischen Ministerpräsidenten im November in Washington empfangen werde. Das geplante Treffen sei ein Zeichen für die "unerschütterlichen" Beziehungen zwischen Israel und den USA, sagte Obamas Sprecher Josh Earnest.

### **ROHANI REIST IM NOVEMBER ZUM STAATSBESUCH NACH PARIS**

Rohani nahm am 15. September eine Einladung des französischen Präsidenten Francois Hollande an, die der französische Außenminister Laurent Fabius ihm bei einem Besuch im Juli in Teheran überreicht hatte. Es wird der erste Besuch eines iranischen Präsidenten in Frankreich nach sechzehn Jahren sein. Ministerpräsident Manuel Valls erklärte im Parlament, Grund für die Einladung sei die Rolle, die Iran nach der Beilegung des Atomkonflikts zur Lösung der Krise in Syrien spielen könnte. Frankreich sei nun bestrebt, seine politischen und wirtschaftlichen Beziehungen zu Iran deutlich auszuweiten.

### **GEFANGENENAUSTAUSCH MIT DEN USA**

Hassan Ghaschghawi, Staatssekretär im Teheraner Außenministerium, setze Spekulationen über einen möglichen Gefangenenaustausch zwischen Iran und den USA ein Ende. Laut den Agenturen Fars und Tasnim sagte Ghaschghawi auf einer Pressekonferenz am 25. August in Teheran auf die Frage, ob der Teheraner Korrespondent der Washington Post, Jason Rezaian, möglicherweise gegen einen iranischen Gefangenen in den USA ausgetauscht werde: "Es gibt absolut keine Debatte über einen Gefangenenaustausch, denn jeder Fall ist ein Fall für sich und wir sind dabei, die Fälle zu untersuchen."

Rezaian, der sowohl die iranische als auch die amerikanische Staatsbürgerschaft besitzt, wird beschuldigt, für fremde Mächte und Geheimdienste spioniert zu haben. Er sitzt seit über einem Jahr im Gefängnis. Der Prozess gegen ihn ist abgeschlossen, aber das Urteil noch nicht verkündet. Sollte ihm Spionagetätigkeit nachgewiesen werden, droht ihm eine Gefängnisstrafe zwischen zehn und zwanzig Jahren.

Trotz offiziellen Dementis scheint ein Austausch von Gefangenen nicht ausgeschlossen. Politische Beobachter vermuten Verhandlungen hinter den Kulissen. Es wäre nicht das erste Mal, dass ein Austausch zustande kommen würde. 2009 nannte Präsident Ahmadinedschad die Namen von elf Iranern, von denen einige gegen drei Amerikaner, die in iranischer Haft waren, ausgetauscht wurden. Ghaschghawi sagte, sechzehn iranische Staatsbürger befänden sich wegen Missachtung der Sanktionen in amerikanischer Haft.

Zudem gäbe es noch etwa sechzig Iraner in den amerikanischen Gefängnissen. Teheran bemühe sich um deren Freilassung, fügte er hinzu.

Der Sprecher der Justiz, Gholamhossein Mohseni Ejeji, gab am 30. August bei einer Pressekonferenz in Teheran bekannt, dass zwei Personen vom Revolutionsgericht wegen Spionage für Israel und die USA zu jeweils zehn Jahren Gefängnis verurteilt worden seien. Namen gab Ejeji jedoch nicht bekannt. Auf die Frage eines Journalisten über Rezaian, sagte Ejeji, er könnte nicht sagen, ob das Urteil gegen ihn gefällt worden sei. Daraus konnte man schließen, dass Rezaian nicht unter den zwei Verurteilten gewesen ist.

Erstaunen erweckte indes eine Äußerung des iranischen Parlamentspräsidenten Ali Laridschani, der am 4. September während eines Besuchs in New York in einem Interview mit den US-Radio-Sender NPR auf die Frage, welche konkreten Wege es gäbe, um Rezaian freizubekommen, sagte: "Es gibt konkrete Wege, natürlich. Zum Beispiel gibt es eine gewisse Anzahl Iraner in Gefängnissen hier." Ob dieser Austausch wie der zwischen den USA und Kuba aussehen könnte, wurde Laridschani gefragt. Das wäre "eine der Möglichkeiten", sagte dieser. "Die Justizsysteme beider Länder können andere Möglichkeiten finden. Darüber entscheidet die Justiz."

Einen Schritt weiter ging Präsident Rohani während seines Aufenthalts in New York. In einem Interview mit dem US-Nachrichtensender CNN vom 27. September sagte er, wenn die USA die iranischen Häftlinge freilassen würden, werde seine Regierung sich um die Freilassung der drei in Iran inhaftierten US-Bürger bemühen.

## **24 PERSONEN DER SPIONAGE FÜR IRAN IN KUWAIT BESCHULDIGT**

Die kuwaitische Staatsanwaltschaft hat gegen einen Iraner und 23 Kuwaitis wegen Spionagetätigkeit für Iran und für die libanesische Hisbollah Anklage erhoben. Drei der Angeklagten sind auf der Flucht, der Rest sitzt in Untersuchungshaft. Den Angeklagten wird konkret vorgeworfen, Sprengstoff geschuggelt oder hergestellt und Waffen und Munition illegal ins Land gebracht zu haben. 22 der Angeklagten seien für den Umgang mit den Waffen ausgebildet worden, heißt es in einer Erklärung der Staatsanwaltschaft vom 1. September. Ziel der Angeklagten sei gewesen, die "nationale Einheit, die Souveränität und wirtschaftliche Basis Kuwaits" zu zerstören.

Die Angeklagten hätten Verbindung gehabt zu einer "Terrorbande" im Innenministerium. Doch die Bande sei bereits vor wenigen Wochen entdeckt worden. Dabei seien eine Menge Waffen und Munition beschlagnahmt worden. Auch das Innenministerium gab bekannt, dass drei Personen, die mit der libanesischen Hisbollah zusammengearbeitet hätten, festgenommen wurden.

Traditionell sind die Beziehungen zwischen Kuwait und der Islamischen Republik gut, jedenfalls besser als die zu anderen arabischen Staaten am Persischen Golf. Doch in letzter Zeit sind die Beziehungen getrübt. Zwei Tage vor der Bekanntgabe der Staatsanwaltschaft hatte ein einflussreicher Abgeordneter im Parlament Iran als "den eigentlichen Feind Kuwaits" bezeichnet, der die Region "ins Chaos stürzen" wolle. Anlass zu der Verbalattacke lieferte die Detonation einer Bombe im mehrheitlich von Schiiten bewohnten Teil von Bahrain.

## **DIPLOMATISCHER GESCHÄFTSTRÄGER FÜR BOTSCHAFT IN GROßBRITANNIEN**

Wie das staatliche Fernsehen am 21. September berichtete, hat Außenminister Mohammad Dschawad Sarif den Diplomaten Hassan Habibollahsadeh zum diplomatischen Geschäftsträger für die wiedereröffnete iranische Botschaft in Großbritannien ernannt. Habibollahsadeh, der zuvor bereits als Gesandter in Russland

und in der Schweiz tätig war, gehört zu den Topdiplomaten Irans. Er hatte bereits vor zwei Jahren die diplomatische Geschäftsführung übernommen, wohnte allerdings nicht in England.

Teheran und London haben nach einer längeren Eiszeit, die entstanden war, weil im November 2011 die britische Botschaft in Teheran von einer Gruppe von Studenten gestürmt wurde, im August dieses Jahres ihre diplomatischen Beziehungen wieder aufgenommen. Die Entspannung kam nicht zuletzt durch den Abschluss des Atomabkommens zustande. Im vergangenen Monat haben beiden Länder ihre Botschaften im jeweils anderen Land wieder eröffnet.

Am 28. September trafen sich Präsident Rohani und der britische Premierminister David Cameron am Rande der UN-Vollversammlung. Es war die zweite Begegnung eines iranischen Präsidenten mit dem britischen Premier seit der Revolution von 1979 in Iran. Das erste Treffen fand vor einem Jahr ebenfalls am Rande der UN-Vollversammlung in New York statt. Laut der staatlichen Agentur Irna kam das Treffen auf Wunsch Camerons zustande. Cameron hatte wenige Stunden vor dem Treffen gesagt, er habe vor, mit dem iranischen Präsidenten über die Krise in Syrien zu sprechen.

### **IRANISCHE UN-DELEGATION WURDE 2007 ABGEHÖRT**

Einem Bericht des amerikanischen Senders NBC vom 23. September zufolge hat die CIA während der Präsidentschaft von George W. Bush den iranischen Präsidenten Mahmud Ahmadinedschad und die ihn begleitende Delegation während der UN-Vollversammlung in New York abgehört. Die Aktion geschah auf Anordnung des Weißen Hauses. Zu dem Bericht nahm die US-Regierung keine Stellung. Von der BBC um eine Stellungnahme zu dem Bericht gebeten, sagte der iranische Außenminister Mohammad Dschawad Sarif: "Wundert Sie das?"

Aus den Unterlagen, die dem Sender vorliegen, geht hervor, dass sämtliche Gespräche, die Ahmadinedschad und die 143 Delegierten in den Hotels bzw. telefonisch führten, abgehört wurden. In dem Jahr (2007) hatte der Auftritt Ahmadinedschads auf der UN-Vollversammlung für viel Wirbel gesorgt. Besonders seine Äußerungen über den Holocaust und seine Andeutungen zur Vernichtung des zionistischen Regimes hatten weltweit Empörung hervorgerufen.

In dem NBC-Bericht wurde auch erwähnt, dass auch die Gespräche von Präsident Rohani, der sich zu der Zeit in New York aufhielt, möglicherweise abgehört würden.

### **IRAN VERMITTELT LOKALEN WAFFENSTILLSTAND IN SYRIENS GRENZGEBIET ZU LIBANON**

Zwischen der libanesischen Hisbollah, die in Syrien das Regime in Damaskus unterstützt, und den Rebellen in den Grenzgebieten zum Libanon wurde am 25. September ein sechsmonatiger Waffenstillstand vereinbart, der unter iranischer Vermittlung zustande kam. Dies bestätigte der Hisbollah-Führer Hassan Nasrallah.

Das Abkommen gibt den Rebellen die Chance, die in der Nähe der Grenze zu Libanon gelegenen Stadt Zabadani, die bereits seit Monaten von Truppen des syrischen Regimes umzingelt ist, zu verlassen. Der Sieg über die Rebellen war mit tatkräftiger Unterstützung der Hisbollah zustande gekommen. Im Gegenzug erlauben die Rebellen mehreren tausend Zivilisten, die mehrheitlich von Schiiten bewohnten Orten in der Provinz Idlib im Nordosten Syriens zu verlassen. Diese Gebiete befinden sich unter der Kontrolle der Rebellen.